Wir müssen die Rolle Europas in einer neuen Welt neu bewerten – Rede von Roberta Metsola an die Staats- und Regierungschefs der EU

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, gab anlässlich der informellen Sitzung des Europäischen Rates vom Donnerstag in Versailles (Frankreich) die folgende Stellungnahme ab.

Sehr geehrte Damen und Herren Staatsoberhäupter
und Regierungschefs,
liebe Freunde,

ich war noch nie in Mariupol, und doch hat sich mir der Name dieser Stadt für immer ins Gedächtnis eingebrannt. Eine Wöchnerinnenstation und ein Kinderkrankenhaus unter Beschuss zu nehmen, ist absolut niederträchtig, ein Akt der Unmenschlichkeit, der sehr gut zusammenfasst, mit welcher Art von Bedrohung wir gerade konfrontiert sind.

Mit dem Einmarsch in die Ukraine hat Putin den Frieden, den wir seit so langer Zeit in Europa erleben durften, zunichtegemacht. Alles ist jetzt anders – und zwar vermutlich für immer. Und unsere Reaktion muss der schwerwiegenden, realen und zunehmenden Bedrohung unserer gemeinsamen Sicherheit angemessen sein.

Wir müssen die Rolle Europas in dieser neuen Welt neu bewerten.

Zunächst müssen wir unbedingt mehr in Verteidigung und innovative Technik investieren, und wir müssen weiter an der Schaffung einer echten Sicherheits- und Verteidigungsunion arbeiten. Sie muss proaktiv sein, flexibel, wendig und widerstandsfähig. Sie muss in der Lage sein, neue Bedrohungen abzuwehren. Wir müssen unseren Worten also Taten folgen lassen, das heißt: Wir müssen die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit reformieren.

Wir müssen unsere nationalen Mittel aufstocken und unsere gemeinsamen Unionsmittel intelligent verwenden. Nur so können wir im Bedarfsfall mit gemeinsamen Finanzmitteln auf den Fähigkeitenbedarf reagieren.

Der Unionshaushalt ist unser wichtigstes Werkzeug, wenn es gilt, Solidarität und Zusammenhalt zu stärken.

Wir müssen über den Europäischen Verteidigungsfonds hinausgehen und die Unionsmittel für unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen, wenn dadurch Mehrwert geschaffen werden kann. Wir müssen unseren Haushalt nutzen, um den Strategischen Kompass umzusetzen und die Verteidigungsunion Wirklichkeit werden zu lassen.

Auch die Verteidigungsagentur und die übrigen Agenturen der Union, die in diesem Bereich tätig sind, sollten in den EU-Haushalt aufgenommen werden. Wenn wir nach weiteren Möglichkeiten suchen, mit Tabus zu brechen und eine stärkere Verteidigung für Europa zu schaffen, sollten wir diese Option erneut prüfen.

Zweitens müssen wir noch einmal doppelt so stark darauf hinwirken, dass wir im Energiebereich nicht mehr so abhängig vom Kreml sind.

Unser unmittelbares Ziel muss die Energieversorgungssicherheit sein. Sicherheit erwächst aus Vielfalt: der Vielfalt unserer Energiequellen, Energielieferanten und Energieversorgungswege.

In diesen Krisenzeiten müssen wir uns daran erinnern, dass Energie eine politische Angelegenheit ist – und das seit jeher. Russland hat das schon vor Jahren verstanden.
Nun ist es an der Europäischen Union, ein klares Zeichen zu setzen, indem wir

- die Einfuhr von russischen Exportgütern wie Gas, Öl und Kohle beschränken,
- alle Zertifizierungen auf den Prüfstand stellen, die an russische Energieunternehmen vergeben wurden,
- Gasspeicheroptionen, die gemeinsame Gasbeschaffung und gemeinsame Finanzierungsregelungen angehen
- und den Anteil an CO_2-armer und erneuerbarer Energie in unserem Energiemix durch eine schnellere Umsetzung des Pakets „Fit für 55" erhöhen.

Unser Ziel muss es sein, in Zukunft vollkommen unabhängig von russischem Erdgas zu werden. Das mag ambitioniert sein, ist aber absolut notwendig.

Das Europäische Parlament war stets ein entschiedener Verfechter der Ziele im Bereich der erneuerbaren Energie, der stärkeren Vernetzung zwischen den Mitgliedstaaten, der Aufstockung der Speicherkapazitäten und einer geringeren Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten. All das kann der EU helfen, einerseits russisches Gas zu ersetzen und andererseits den Anteil unserer eigenen Energiequellen bis 2030 rasant zu erhöhen. Eins ist ganz klar: Wir müssen weg von fossilen Brennstoffen, hin zu nachhaltigeren, sauberen Energiequellen, erneuerbarer Energie, Wasserstoff, aber auch sicherer und moderner Kernenergie. Nur so können wir unsere hoch gesteckten Klimaziele erreichen.

Unter dem Strich heißt das: Wir sollten nicht gezwungen sein, die Bomben zu finanzieren, die auf die Ukraine abgeworfen werden.

Wir müssen auf die steigenden Energiepreise schauen und überlegen, was wir tun können, um diese Entwicklung einzudämmen.

Wir müssen außerdem in der Lage sein, unseren Bürgerinnen und Bürgern unser Vorgehen zu erklären. Und gerade hierbei können Sie auf das Europäische Parlament und auf unsere Mitglieder zählen: Wir werden helfen, die Botschaft Europas zu verbreiten.

Drittens müssen wir mehr über die Ernährungssicherheit sprechen. Dieses Thema muss auch ein fester Bestandteil unserer Debatten über die strategische Autonomie Europas werden. Unsere Lieferketten müssen klarer und stärker werden.

Viertens: Was wir bisher an europäischer Koordinierung, Solidarität und Einheit gesehen haben, sucht seinesgleichen. Das muss das Konzept für die Zukunft sein.

Die Mitgliedstaaten haben sich nach Kräften dafür eingesetzt, dass mehr als zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer in unseren Gemeinschaften und unseren Familien aufgenommen wurden. Wir haben einerseits massive Sanktionen verhängt und andererseits praktische Solidarität gezeigt. So haben die Ukrainerinnen und Ukrainer den Weg in unsere Häuser und unsere Herzen gefunden. Hier zeigt sich Europa von seiner besten Seite.

Unser Handeln wurde unseren Ansprüchen voll und ganz gerecht. Wir haben der Ukraine Unterstützung geleistet und Waffen geliefert – und wir haben ihr im Rahmen ihres Antrags auf den Beitritt zur EU durch eine offene europäische Perspektive die Hoffnung gegeben, ihre europäische Zukunft zu konsolidieren. Außerdem müssen wir die Nachbarländer stärker bei der Bewältigung der Lage unterstützen; dazu müssen auch Moldau und Georgien gehören.

Wir dürfen die Ukraine nicht im Stich lassen. Und ich weiß, dass Sie alle an diesem Tisch fest entschlossen sind, dafür zu sorgen, dass wir das nicht tun werden. Putin hat unsere Entschlossenheit fast ebenso stark unterschätzt wie die Resilienz und den Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer.

Genau diese Widerstandsfähigkeit müssen auch wir an den Tag legen. Wir wissen, dass Putin nicht in Kiew haltmachen wird, ebenso wenig wie er damals auf der Krim haltmachte. Die Strategien, die er in Syrien weiterentwickelt hat, wendet er nun in Europa an. Wir tun gut daran, dafür zu sorgen, dass dies der teuerste Fehler ist, den er je begangen hat.

Unsere Sanktionen müssen weiterhin wehtun. Die Oligarchen des Kreml dürfen nicht mehr in den Genuss der Annehmlichkeiten kommen, an die sie sich in Europa gewöhnt haben. Unsere Unternehmen dürfen, wenn es um Wachstum geht, nicht mehr nach Russland schauen. Der Druck der Öffentlichkeit spielt dabei eine große Rolle, aber wir müssen Vorkehrungen für den Fall treffen, dass dieser Druck nachlassen sollte. Gleichzeitig müssen wir dafür Sorge tragen, dass Kryptowährungen oder neue FinTech-Instrumente keine Schlupflöcher bieten.

Die Sanktionen müssen Putin wehtun – und wir müssen uns darauf vorbereiten, dass sie auch uns wehtun werden. Wir befinden uns jedoch an einem Wendepunkt in der Geschichte Europas, und ich glaube, die Menschen hier sind bereit, diesen Preis zu zahlen.

Der Tribut, den Putins Krieg fordert, trifft auch unsere Gemeinschaften. Deshalb müssen wir die wirtschaftliche Grundlage Europas sichern. Das erfordert Umstrukturierungen und Reinvestitionen in Forschung und Rohstoffe – von großer Bedeutung ist dabei das von der Kommission vorgeschlagene europäische Chip-Gesetz. Es bedeutet aber auch, dass wir die Unternehmen, von denen wir erwarten, dass sie sich nicht mehr nach Russland orientieren, entsprechend unterstützen. Und wir müssen die Anstrengungen im Hinblick auf den digitalen und ökologischen Wandel verdoppeln. Beim europäischen Grünen Deal geht es sowohl um Klimaschutz als auch um Sicherheit. Außerdem müssen wir weltweit zusammenarbeiten, um ein demokratisches Bündnis zu schmieden, mit dem wir unsere digitale Autonomie gewährleisten können.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu dem Informationskrieg, mit dem wir konfrontiert sind. Natürlich müssen wir unsere Cyberabwehr stärken. Wir müssen aber auch weiterhin entschlossen der Behauptung widersprechen, dass sich Europa gegen Russland wendet, wenn es Putin entgegentritt. Die Russinnen und Russen, die sich trotz drohender Gefängnisstrafen gegen Putin erheben, können hier etwas bewirken. Sie stehen auf der richtigen Seite der Geschichte – unserer Seite.

Schließlich muss eines ganz klar sein: Was Putin und Lukaschenka in der Ukraine tun, ist rechtswidrig. Es sind Kriegsverbrechen. So gerät die demokratische Weltordnung ins Wanken, und wenn die Zeit dafür gekommen ist, müssen wir vor den internationalen Strafgerichtshof gehen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Denn das wäre der endgültige Sieg für das ukrainische Volk, für die Rechtsstaatlichkeit und für unsere regelbasierte Lebensweise.

Vielen Dank.